

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der 47. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge beschließen,

1. § 15.1 Satz 2 Bundesfinanzordnung durch
„Die dadurch entstehenden Kosten werden vom Bundesverband getragen.“
zu ersetzen,
2. § 15.2 Bundesfinanzordnung zu streichen,
3. die Anhänge 1 und 4 zur Bundesfinanzordnung zu streichen,
4. „(Anhang 1)“ aus der Überschrift von § 3 Bundesfinanzordnung zu streichen,
5. § 3.1 Satz 2 und 3 Bundesfinanzordnung durch
„Pro Landesverband und Kalenderjahr werden die ersten 1000 Euro Mitgliedsbeiträge –
multipliziert mit der Anzahl der Sitze dieses Bundeslandes im Bundesrat – von
Mitgliedern dieses Landesverbandes zu 50 % dem Landesverband und den
nachgeordneten Gebietsverbänden zugeteilt und zu 50 % dem Bundesverband
zugeteilt. Mitgliedsbeiträge darüber hinaus werden zu 10 % dem Landesverband und
den nachgeordneten Gebietsverbänden zugeteilt und zu 90 % dem Bundesverband
zugeteilt. Satz 2 gilt nicht für Landesverbände, die bei der spätesten Landtagswahl in
ihrem Bundesland vor Ende des Kalenderjahres gemäß § 18 Absatz 4 des
Parteiengesetzes mindestens 1 % der für die Listen abgegebenen gültigen Stimmen
erreicht haben; für diese Landesverbände kommt ausschließlich die Verteilung nach
Satz 3 zur Anwendung. Die Satzungen der Landesverbände regeln die Aufteilung der
Mitgliedsbeiträge zwischen ihnen und den nachgeordneten Gebietsverbänden.“
zu ersetzen.

Begründung:

Die geänderten Rahmenbedingungen haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass der Bundesverband kaum noch aus eigenen finanziellen Mitteln seinen Aufgaben nachkommen kann, ohne weiter Schulden bei den Landesverbänden zu machen. Dass immer mehr Landesverbände erfolgreich an Landtagswahlen teilnehmen, ist ein großer Fortschritt für die Tierschutzpartei. Dies hat jedoch zur Folge, dass inzwischen fast die gesamte staatliche Parteienfinanzierung, die wir als Gesamtpartei erhalten, diesen Landesverbänden zugute kommt und für den Bundesverband so eine wesentliche Säule seiner regelmäßigen Einnahmen nahezu verloren gegangen ist. Um den Bundesverband handlungsfähig zu halten, sollte dafür bei der Verteilung der Mitgliedsbeiträge ein Ausgleich geschaffen werden.

Die Verschuldung des Bundesverbandes hat nun dazu geführt, dass der Bundesverband praktisch keine Ausgaben im Rahmen des EU-Wahlkampfes selbst tätigen kann und der EU-Wahlkampf daher vollständig von den Landesverbänden finanziert werden muss. Einige Landesverbände wollen sich großzügig am EU-Wahlkampf beteiligen, andere haben sich bislang nicht einmal dazu zurückgemeldet. Dies verschärft die innerparteiliche finanzielle Ungerechtigkeit noch weiter. Gleichzeitig bremst der notwendige Koordinierungsaufwand die Wahlkampfplanung. Solche Zustände bei der Vorbereitung einer bundesweiten Wahl sollten sich nicht wiederholen.

Um die Transparenz bei den Ausgaben zu erhöhen und die Finanzplanung der Landesverbände zu vereinfachen, sollen die bundesweiten Verwaltungskosten in Zukunft ausschließlich vom Bundesverband getragen werden. Die Landesverbände müssen dann keine Kosten mehr tragen, die sie im Voraus nicht kennen und nicht beeinflussen können. Auch die Erstellung der Rechenschaftsberichte und Haushaltspläne soll dadurch vereinfacht werden. Dies würde natürlich zu einer weiteren Mehrbelastung des Bundesverbandes führen, die aber durch eine Umverteilung der Mitgliedsbeiträge wieder ausgeglichen werden kann.

Mitgliedsschwache Landesverbände, die nicht erfolgreich an der letzten Landtagswahl teilgenommen haben, werden durch die Neuregelung nicht weiter belastet, weil die ersten 3000 bis 6000 Euro Mitgliedsbeiträge pro Landesverband pro Jahr (je nach Bundeslandgröße) – wie bisher – mit 50/50 auf den Bundesverband und den Landesverband aufgeteilt werden sollen. Landesverbände, die hingegen erfolgreich an der letzten Landtagswahl teilgenommen haben, werden durch eine Umverteilung der Mitgliedsbeiträge ebenfalls nicht über Gebühr belastet, weil sie durch die staatliche Parteienfinanzierung bereits vergleichsweise hohe Einnahmen unabhängig von der Zahl ihrer Mitglieder haben.

Spenden, die zu 100 % an einen bestimmten Landesverband gehen, bleiben natürlich auch weiterhin möglich.



Paula López Vicente 11208
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn 11202
Bundesvorsitzender



Robert Gabel 10188
Bundesvorsitzender

Alte Fassung § 3.1 „Die Mitgliedsbeiträge werden im Rahmen der zentralen Mitglieder- und Finanzverwaltung durch den Bundesverband erhoben. Sie werden nach einem vom Bundesparteitag zu beschließenden Verteilerschlüssel zwischen dem Bundesverband und den Landesverbänden aufgeteilt. Der Verteilerschlüssel zwischen einem Landesverband und seinen nachgeordneten Gebietsverbänden wird vom Landesparteitag beschlossen.“

Alte Fassung: § 15.1 „Im Rahmen der zentralen Mitglieder- und Finanzverwaltung ist der Bundesverband mit seinen Verwaltungseinheiten und seinem Fachpersonal für sämtliche Geschäftsabläufe in der Partei federführend tätig. Die dadurch entstehenden Kosten werden zunächst in Vorleistung getragen, müssen jedoch anteilig auf die Landesverbände und die nachgeordneten Gliederungen umgelegt werden. Die Kosten für Material (z. B. Info- und Werbematerial, Mitgliedermagazin und entsprechende Portokosten) werden von dem Gebietsverband, der das Material bestellt, getragen.“

Alte Fassung § 15.2 „Für die Verteilung der Kosten wird ein Schlüssel vom Bundesvorstand in Absprache mit der Bundesschatzmeisterei und der Finanzkommission festgelegt und dem Bundesparteitag zur Zustimmung vorgelegt (Anhang 4).“

Zu streichender Anhang 1:

„§ 3 Verteilerschlüssel für Mitgliedsbeiträge

50 % der Mitgliedsbeiträge werden dem jeweiligen Landesverband gutgeschrieben, dem das Mitglied angehört, die restlichen 50 % dem Bundesverband.

Die einem Landesverband zugeflossenen Mitgliedsbeiträge werden im gleichen Verhältnis mit dem nachgeordneten Gebietsverband aufgeteilt. Der nachgeordnete Gebietsverband erhält 50 % der Beiträge seiner Mitglieder, die restlichen 50 % verbleiben bei dem übergeordneten Landesverband.“

Zu streichender Anhang 4:

„§ 10 Aufteilung von Kosten / Verteilerschlüssel

Zwischen dem Bundesverband, den Landesverbänden und den nachgeordneten Gebietsverbänden werden aufgeteilt: Die Kosten

- a. der Bundesgeschäftsstelle
- b. der Mitglieder- und Spendenverwaltung
- c. des Vorstandssekretariats
- d. der Bundesschatzmeisterei und der Finanzkommission
- e. der Buchhaltung
- f. des Rechenschaftsberichts
- g. des Wirtschaftsprüfers
- h. der BAG „PR & Wahlen“ (nur Reise- oder Sitzungskosten bei Projekten für die Gesamtpartei)
- i. von Versicherungen
- j. für Internetpräsenz der Partei (Bundes- und Landeshomepages)
- k. Produktionskosten Mitgliedermagazin

Die Hälfte dieser Kosten wird im Verhältnis der Mitgliederzahlen der Landesverbände und der nachgeordneten Gebietsverbände aufgeteilt. Die Mitgliederzahlen als Grundlage für die Verteilungsberechnungen des laufenden Geschäftsjahres werden jeweils zum 31.12. des Vorjahres festgestellt.

Die Belastungen erfolgen vierteljährlich über die jeweiligen Verrechnungskonten, zunächst mit einem Pauschalbetrag, der aus den entsprechenden Kostenstellen des Haushaltsplanes ermittelt wird. Die Endabrechnung wird vorgenommen, sobald nach Ende eines Geschäftsjahres die gebuchten Kosten vorliegen.“